

42. 13.04. 2000

# Straße wird verschwenkt

## CDU/FWG-Mehrheit setzt sich im Nackenheimer Gemeinderat durch

Von  
Werner Baum

NACKENHEIM - Lebhaftige Diskussionen prägten die jüngste Sitzung des Gemeinderates. Bei den Abstimmungen zeigten sich deutlich die unterschiedlichen Auffassungen von CDU/FWG und Sozialdemokraten.

An den Planungen des Straßen- und Verkehrsamtes zur Entschärfung des Verkehrsknotens in der Mainzer Straße mit den Anbindungen des Arkaden-Viertels sowie dem großen Wohngebiet „Rudelheck“, übten Sprecher der SPD-Fraktion Kritik, weil die Maßnahmen zu keiner Verbesserung der Verkehrslage führten. Eine Verlegung der Arkaden-Zu- und Ausfahrt werde nötig, meinte Eva-Maria Scheib (SPD). Es läge offenbar ein Planungsfehler des Landes vor.

Bürgermeister Bardo Kraus führte aus, es sei müßig, zu diskutieren, was früher einmal war. Die ehemals vorgesehenen Zu- und Ausfahrten seien auf Grund der vielen Besitzer nicht mehr zu realisieren. Dagegen mache die geplante Fahrbahnverschwenkung Sinn und verbessere die Situation mit dem kreuzenden Radweg. Sowohl für das Arkaden-Zentrum wie für die St.-Gereon-Straße würden Abbiegespuren errichtet und die Sichtdreiecke verbessert. Mit der Straßenverbreiterung werde dem landwirtschaftlichen Verkehr entsprochen.

Die Errichtung eines Kreisels

### Ratsbeschlüsse in Kürze

- Verabschiedet wurde die Klarstellungssatzung zur Innenbereichsabgrenzung des alten Ortskernes.
- Um mehr Rechtssicherheit für das Baugebiet im „Gehren“ zu erhalten, verabschiedete der Rat gegen die Stimmen der SPD einen neuen Satzungsbeschluss.
- Der SPD-Antrag zur Schaffung neuen Parkraums im Ort wurde auf CDU-Antrag geändert und nach langer Diskussion mit acht Ja-, drei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen angenommen.
- Keine Mehrheit fand der SPD-Antrag zur Erweiterung des Betreuungsangebotes in der Grundschule.

sei wegen der Hanglage nicht möglich. Nach dem gegenwärtigen Sachstand übernehme das Land die gesamten Kosten. Mit den elf Ja-Stimmen von CDU und FWG und gegen sieben Nein-Stimmen der SPD gab der Rat grünes Licht für die Baumaßnahme.

Einmütigkeit herrschte bei der Vergabe des Ingenieurauftrages zur Renovierung der Trauerhalle an den Architekten Kurt Remppe. Das 1971 errichtete Gebäude weist erhebliche Mängel auf, die zunächst alle ermittelt werden. Nach vorsichtigen Schätzungen werden die Renovierungsarbeiten etwa 170 000 Mark kosten.

Die VG-Verwaltung wurde von den Fraktionen einstimmig beauftragt, einen Zuschuss nach dem Sportförderungs-gesetz für den Umbau des Tennis-Sportplatzes zu einem Kunstrasenplatz zu beantragen. Bürgermeister Kraus führ-

te aus, der Platz sei Eigentum der VG und sei von ihr auch nur für den Schulsport konzipiert gewesen. Deshalb sehe die VG auch keine Veranlassung zum Umbau. Der Platz weise jedoch erhebliche Mängel auf und berge Verletzungs-gefahren für die Fußballer, so Kraus. Ein Kunstrasenbelag kostet etwa 550 000 Mark, deshalb dämpfte Kraus Erwartungen auf eine schnelle Realisierung, da Wartezeiten für Zuschüsse aus der Sportförderung bis zu zehn Jahren betragen könnten. Das Ortsoberrhaupt brachte eine eine Mischfinanzierung ins Spiel, bei der Land, Kreis, VG, Ortsgemeinde und mögliche Sponsoren in gemeinsamer Aktion das Projekt voranbringen könnten. Die Abgeordneten aller Fraktionen sprachen von katastrophalen Verhältnissen auf dem Platz, die einer schnellen Abhilfe bedürften.